

Die LINKE.LISTE Fraktion		Drucksache Nr. A/16/4592-01	Termin 01.04.2019	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>				öffentlich		
Termin	Gremium			Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*
01.04.2019	Rat der Stadt			B		

Beratungsgegenstand

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.LISTE
zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion A/16/4516-01 zur Vorlage B/16/4461-01
Konzept zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Oberhausen

Beschlussvorschlag

Ergänzung zu 2.:

Private Unternehmen werden verpflichtet, Stellen ausschließlich in Bereichen mit nachweislich langfristiger Beschäftigungsperspektive einzurichten.

Änderung zu 2.1.:

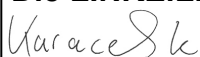
Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um **mindestens** 100 Stellen beim Konzern Stadt einrichten zu können.

Ergänzung zu 2.2.:

Bei der Schaffung von Arbeitsstellen sollte insbesondere auf zukünftige Bedarfe im Konzern Stadt sowie in der Stadtgesellschaft fokussiert werden, die eine langfristige Beschäftigungsperspektive garantieren. (siehe S. 7, Punkt 2/Der Konzern Stadt als Arbeitgeber)

Änderung zu 2.3.:

Der Rat der Stadt **besteht darauf**, dass die Freiwilligkeit der Personen, die die Voraussetzungen für eine Beschäftigung nach dem Teilhabechancengesetz erfüllen, **in jedem Einzelfall gewährleistet ist**.

Vorsitzender Die LINKE.LISTE Fraktion  Yusuf Karacelik 28.03.2019	
---	--

Die LINKE.LISTE Fraktion	Drucksache Nr. A/16/4592-01	Termin 01.04.2019	Rat der Stadt
---	--	--	----------------------

1 **Begründung / Sachdarstellung**

2

3 Das Teilhabechancengesetz ist nur dann glaubwürdig und wirksam, wenn billige Mitnahmeeffekte
4 ausgeschlossen werden können. Es ist davon auszugehen, dass auch in Oberhausen eine hinreichende Anzahl
5 von rund 6500 berechtigten Langzeitarbeitslosen ein hohes Interesse haben (laut Jobcenter haben sich von 3000
6 Befragten 800 interessiert).

7 Laut Mitteilung des Jobcenters ist in Oberhausen die Einrichtung von bis zu 400 Stellen möglich. Der Prüfauftrag
8 für die Verwaltung sollte deshalb nicht (willkürlich) auf 100 (wie im SPD-Antrag) beschränkt werden.